



Kommentar der anderen



Foto: Porgy&Bess

Christoph Huber

Sponsoring in der Krise

Für die Freiheit der Kunst ist der Staat zuständig – so oder so ähnlich lautete das Credo über Jahrzehnte. Irgendwann begannen Kulturpolitiker die Verantwortung der Wirtschaft zu betonen und forderten die Kunstschaaffenden auf, sich um Sponsoren zu kümmern. Ein durchaus nachvollziehbarer Ansatz, nur „vergaß“ der Staat, das auch der Wirtschaft zu kommunizieren. Also begaben sich Künstler und Veranstalter, so wie es ihnen empfohlen wurde, auf Sponsorensuche und bemerkten alsbald, dass die steuerliche Absetzbarkeit von Geldern, die in die Kunst- und Kulturszene fließen, nur ungenügend geregelt ist. Das Interesse von Betrieben, erwirtschaftete Gewinne in die Kunst-

szene zu investieren, ist aufgrund dieser Unsicherheit logischerweise ein eher enden wollendes. Befindet sich die Wirtschaft in einer allgemeinen Rezession, versiegt dieser Fluss gänzlich. Die Kultur kann also als das erste Opfer der geplatzten Finanzblase bezeichnet werden. Das muss man einerseits als Tatsache akzeptieren, aber andererseits kann dieser Umstand auch als eine Chance gesehen werden, um auf diese unbefriedigende Situation aufmerksam zu machen und sie auch nachhaltig zu ändern.

Der Staat ist natürlich nicht gänzlich aus seiner Verantwortung zu entlassen, aber wenn er sie schon delegiert, dann mit klaren Richtlinien. Das bedeutet, dass einheitliche Gesetze in diesem Zusammenhang formuliert werden müssen, damit endlich Schluss mit der

Praxis gemacht wird, dass je nach Finanzamt beziehungsweise Referent vergleichbare Fälle unterschiedlich interpretiert werden, dass also einmal steuerliche Absetzbarkeit attestiert und ein anderes Mal dieses Ansinnen zurückgewiesen wird. In diesem Zusammenhang kann man durchaus das US-amerikanische System als Orientierungshilfe nehmen, wo es quasi zum guten Ton eines Unternehmens gehört, Kunstprojekte zu unterstützen.

Um nicht missverstanden zu werden: Ich spreche nicht davon, dass sich der Staat komplett zurückzieht, und ich behaupte auch nicht, dass das amerikanische Modell das bessere ist, aber wenn man will, dass zukünftig mehr Geld aus der Wirtschaft kommt, muss man Anreize bieten beziehungsweise ein interessantes Angebot legen. Und das erwarten wir nun schon von einigen Finanzministern.

*Christoph Huber ist künstlerischer Leiter des Jazz- und Musik-Clubs Porgy & Bess in Wien.
www.porgy.at*

Eva Brenner

Ausbruch aus dem Off



Foto: Kreuziger

Dem Theater der Off-Szene in Wien geht es nicht gut. Krisen sind der Stoff des Theaters – unter der Voraussetzung, dass es noch stattfindet! Seit 2004, dem Jahr der Einführung der „Wiener Theaterreform“ durch die sozialdemokratische Stadtregie-

rung, wütet das Theatersterben. In nur fünf Jahren gelang es seither, an die 40 Prozent von Hunderten freien Theatergruppen durch radikale Kürzungen auszuhungern oder zum Zusperrern zu zwingen, darunter auffällig viele multikulturelle, von Frauen oder Migranten beziehungsweise Migrantinnen geleitete. Die Trendwende begann Mitte der 1990er Jahre mit der Unterwerfung der Stadt Wien unter das Diktat einer neoliberalen „Standortpolitik“ – eines verschärften kapitalistischen Wettbewerbs, in dem die Großen und Starken die Kleinen verdrängen. Fördergelder wurden sukzessive von „unten“ nach „oben“ umverteilt: für elitäre Kunsttempel und pompös aufgeblasene Festival- und Eventkulturprojekte.

Ganze Ensembles wurden entlassen, künstlerische Programme drastisch gekürzt, Gruppen als „förderungsunwürdig“ erklärt, die jahrzehntelang die Off-Szene geprägt hatten. Die freigesetzte Schar prekär beschäftigter Künstler und Künstlerinnen erfasste eine Welle von Angst, Panik und Entsolidarisierung, Einzelne versuchten, bei den Mächtigen um ihr Überleben zu pokern, der allgemeine Protest blieb weitgehend aus. Die „Reform“ geht auf Kosten der Vielfalt, die Rechnung bezahlt das Publikum.

Ich schreibe diese Zeilen in New York, wo dank Barack Obama und der Wirtschaftskrise zum Trotz eine neue Aufbruchsstimmung herrscht. Kunst als auch Künstler und Künstlerinnen müssen sich hier traditionell auf eigene Füße stellen, hat der Staat doch wenige Förderstrukturen anzubieten – also Eigeninitiative statt Obrigkeitdenken. Beide Systeme – öffentliche Kunstförderung wie privates Sponsoring – haben Vor- und Nachteile. Welche Strategie erfordert die „Krise“, um dem großen Sterben der kleinen Theater Wiens zu begegnen?

Was wir in Zukunft brauchen werden, ist ein neues, demokratisches Mischsystem kultureller Förderung, zusammengesetzt aus Elementen der diskreditierten „Gießkanne“ und einem neuen solidarökonomischen Modell der Direktförderung durch die Bevölkerung. Also eine „Fusion“-Strategie, die international funktionierende Beispiele wie die Kulturpraxis der „Independent Movements“ in den USA aufnimmt und auf europäische Bedingungen anwendet; das reicht vom Sammeln von Spenden und Abos auf der Straße bis zum Aufbau eigener Telemarketingsysteme, breitem Privat- und Unternehmensponsoring sowie Volontärsarbeit, um Kulturfelder zu eröffnen, die der Staat nicht bietet. Modelle kultureller Tauschkreise und „Kulturbausteine“ könnten dafür sorgen, dass an Kultur interessierte Menschen partizipieren, indem sie die Kunst ihrer Wahl fördern, jenseits von Steuern, auf deren Verwendung sie kaum Einfluss haben.

*Eva Brenner ist künstlerische Leiterin von Projekt Theater Studio/Fleischerei in Wien Neubau.
www.experimentaltheater.com*

Peter Noever

Kunst braucht Freiheit



F.: Elisabeth Ginthör-Noever

Selten wurde die Krise der Kunst so offenkundig wie im Spätsommer 2008: Der Zusammenbruch traditionsreicher amerikanischer Investmentbanken und die dramatische Entwicklung auf den internationalen Finanzmärkten versetzten nicht nur die Wirtschaftswelt in Aufregung. Renommierte Kunstinstitutionen in den USA, wo Kultureinrichtungen eine nahezu symbiotische Allianz mit Banken und Unternehmen pflegten, fürchteten um ihre Existenzgrundlage. Nach einer kurzen Inkubationszeit breitete sich ebenso auf internationaler Ebene Unruhe aus, welche Auswirkungen die Finanzkrise auf das mittlerweile überlebenswichtige Mäzenatentum haben werde.

Auch in Europa sind bedeutende Kunstinstitutionen trotz deutlich höherer Unterstützung durch den Staat von privaten Förderern abhängig. Viele Kunst- und Ausstellungsprojekte wären ohne unterstützendes Sponsoring nicht denkbar. Die kapitalistische Kulturordnung – der sogenannte Kunstboom, der nicht zuletzt zu utopischen Preisen für Werke von Shootingstars der Szene auf Kunstmessen oder Auktionen führte – wurde in ihren Grundfesten erschüttert. Noch ist nicht abzuschätzen, wie die aktuelle Rezession den internationalen Kunstmarkt langfristig prägen und ob sich die Kunst von ökonomischen Imperativen befreien wird – oder will. Der florierende Handel mit Kunst als Anlageobjekt hat ja durchaus positive Seiten. Reichtum ist auch in der Kunst

bequem. Eine Krise birgt stets auch Chancen. Gerade die Kunst als einzige Kraft mit nonkonformistischem Veränderungspotenzial sollte diese nutzen. Einmal mehr zu diskutieren ist die Rolle des Staates. Dass es etwa hierzulande Kulturministerin Claudia Schmied trotz der auch in Österreich deutlich spürbaren Finanzkrise gelungen ist, die Kulturbudgets zu erhöhen und den Bundesmuseen acht Mio. Euro mehr zur Verfügung zu stellen, ist sensationell, aber nicht genug. Staaten sollten ihre Aufgabe vermehrt darin sehen, Ideen für eine neue Ordnung der Kunstwelt zu entwickeln. Die öffentliche Verantwortung für die Kunst an die Wirtschaft abzugeben war nicht der richtige Weg. Es sollte zur Staatsaufgabe werden, Kunst vor der Geld-Kultur zu schützen. In den meisten Nationen fehlt dazu allerdings das adäquate politische Forum. Kunst wird in mit multiplen Aufgaben überforderten Ministerien (mit-)behandelt: Auf dieser Ebene ist Kunst nicht diskutierbar. Das von mir für Österreich seit Jahren vorgeschlagene Modell eines Ministeriums für Gegenwartskunst könnte auch international ein Anstoß für eine Stärkung der Kunstpolitik sein. Erst wenn das politische Gewicht stimmt, ist ein für alle Seiten befriedigenderes Miteinander von Kunst, Staat und Wirtschaft erzielbar. Darin liegt die wahre Herausforderung der Zukunft.

*Peter Noever ist CEO und künstlerischer Leiter des MAK – Museum für angewandte Kunst/Gegenwartskunst.
www.mak.at*

Redaktion: Gerhard Scholz